

NDR Info Das Forum

11.08.2018 /19.20-19.50 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

12.08.2018 /12.30-13.00 Uhr

Joachim Hagen

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/info

Inhalt:

- Waffenkammer der Welt? Die schwierige Suche nach den wichtigsten Exportländern. Interview mit Pieter Wezeman, Friedensforschungsinstitut SIPRI
- Koblenzer Beschaffungsbehörde – Wurzel der Bundeswehr-Ausrüstungsmisere?
- Fortschritte bei autonomen Waffensystemen – Die Vereinigten Staaten streiten über den Einsatz von Kampfrobotern
- Rente erst mit 67 – Bundeswehr-Soldaten kämpfen gegen späteren Ruhestand

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon: Joachim Hagen. Und das sind unsere Themen:

- Das Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz – ist es die Wurzel der Ausrüstungsmisere?
- Fortschritte bei autonomen Waffensystemen – In den Vereinigten Staaten wird über den Einsatz von Kampfrobotern gestritten. Und:
- Rente erst mit 67? Bundeswehr-Soldaten kämpfen gegen einen späteren Ruhestand

In der vorigen Ausgabe von Streitkräfte und Strategien haben wir mit dem Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel, Joachim Krause, über die deutschen Waffenexporte gesprochen. Krause hatte da die Behauptungen kritisiert, Deutschland sei die Waffenkammer der Welt und der drittgrößte Waffenexporteur. Damit griff er auch das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI an, das in seinen Jahresberichten regelmäßig die Waffenexporte der einzelnen Länder auflistet. Nach Ansicht Krauses wird in diesen

Berechnungen nicht ausreichend berücksichtigt, dass viele Länder im Gegensatz zu Deutschland ihre Waffenexporte verschleiern und dass Kleinwaffen wie Gewehre und Mörser gar nicht erfasst werden. Natürlich wollen wir auch dem Friedensforschungsinstitut SIPRI Gelegenheit geben, auf diese Kritik zu reagieren. Ich habe darüber mit Pieter Wezeman, dem zuständigen Experten von SIPRI, gesprochen und ihn gefragt, was er von dieser Kritik hält.

Interview Joachim Hagen / Pieter Wezeman

Wezeman: Die Kritik ist ausgegangen von einer Frage die war: ist Deutschland die Waffenkammer der Welt. Jetzt bin ich mir aber nicht sicher, welcher seriöse Politiker oder Forscher oder seriöser Rüstungslobbyist oder Anti-Rüstungslobbyist das überhaupt behauptet hat, dass Deutschland die Waffenkammer der Welt ist. SIPRI hat das sicherlich nicht behauptet. Und die SIPRI-Daten zeigen das auch nicht. Die SIPRI-Daten muss man gut verstehen. Das sind grobe Schätzungen über den internationalen Waffenhandel und haben zum Zweck, eine Einleitung zu sein, ein Werkzeug zu sein in der Diskussion über den Einfluss von Waffenhandel auf Friedenskonflikt und Sicherheit. Und die SIPRI-Daten sind so grob wie auch andere Daten über globale Phänomene, wie z.B. der Welthandel. Das ist nichts Abnormales dazu.

Hagen: Es gibt ja zwei große Kritikpunkte, die Herr Krause geäußert hat. Der eine: SIPRI berücksichtigt nicht die geheimen Waffenexporte von Ländern wie Russland und China. Was sagen Sie dazu?

Wezeman: Es stimmt absolut, dass Länder wie Deutschland und Frankreich und die meisten europäischen Länder sehr transparent sind, dass wir sehr viele Details haben über den Waffenexport dieser Länder. Und dass Länder wie Russland und China nicht so transparent sind, oder überhaupt nicht transparent. Aber immerhin gibt es sehr viele andere Quellen, wo wir Informationen finden können über den chinesischen Waffenexport z.B. Und alle diese Quellen zusammen: Exportberichte, Importberichte, Berichte von gesetzlichen Gruppen, NGOs, Journalisten, Bilder von Militärparaden usw. Das sagen wir auch immer – basiert auf etwa 50 Jahre institutioneller Erfahrung, dass wir glauben,

dass das ausreichend ist, um ein Bild zu formen von dem chinesischen Waffenexport. Und die Frage ist auch nicht so interessant, ob Deutschland jetzt der dritt- oder viert- oder fünftgrößte Waffenexporteur ist, oder ob das China ist. Nein, interessant ist zu sehen, dass z.B. in Deutschland die Waffenexporte weniger geworden sind, weil die chinesischen Exporte gestiegen sind. Das sind interessante Fragen und da braucht es mehr Analysen.

Hagen: Der Hauptkritikpunkt Nummer zwei ist ja, dass Kleinwaffen und leichte Waffen, also Gewehre, Mörser und Pistolen nicht berücksichtigt werden in Ihren Berechnungen. Aber das sind natürlich die Waffen, die bei zahlreichen Kriegen in Afrika vor allem eingesetzt werden.

Wezeman: Ja, es stimmt, dass Kleinwaffen sehr wichtig sind im Waffenhandel und in Konflikten. Wir sind uns dessen bei SIPRI auch bewusst und sind es uns auch am Anfang, in den 1960er Jahren, bewusst gewesen. Wir haben auch mit der Möglichkeit experimentiert, um eine Kleinwaffendatenbank aufzubauen, vor 10 Jahren zum Beispiel. Damals haben wir uns entschieden, das nicht weiter zu machen, aus zwei Gründen. Der erste war, dass es schon ein anderes Institut gab, das eine Datenbank darüber gebaut hat, aufgrund von Regierungsangaben über den Handel mit Kleinwaffen. Sehr interessante und nützliche Datenbank. Der zweite Grund war: die Ressourcen fehlten uns. Und dazu sage ich direkt – nicht nur uns, auch NISAT fehlt es jetzt an den Ressourcen. Zehn, fünfzehn Jahre lang haben sie die Datenbank instand gehalten, aber voriges Jahr haben sie dies abgeschlossen. Und da haben wir ein richtiges Problem: keine Ressourcen. Das andere Problem oder die andere Feststellung ist natürlich: ja, Kleinwaffen sind wichtig, aber Großwaffen auch. Die werden ja benutzt in vielen Konflikten in der Welt, sogar auch deutsche Großwaffen. Die SIPRI-Daten zeigen ja nicht die Komplexität von der Rüstungsindustrie und dem richtigen Waffenhandel, weil ein Teil davon ja der Transfer von Technologie und Komponenten ist. Und was wir bei SIPRI zum Beispiel nicht zeigen, ist, dass die Kampfflugzeuge, die Saudi Arabien benutzt aus Jemen, die sind geliefert aus Großbritannien. Das zeigen wir. Aber was wir nicht zeigen, wo wir nicht die Möglichkeit haben das zu zeigen, ist, dass diese Kampfflugzeuge aus Teilen bestehen, die aus anderen Ländern kommen: Spanien, Italien und natürlich

auch sehr wichtige Teile, die aus Deutschland kommen. Diese Rüstungsbeziehungen zwischen Deutschland und Saudi Arabien zeigen wir nicht einmal. Das ist richtig schade. Wir wollen das sehr gerne zeigen, aber wie gesagt, wir haben nicht die Ressourcen.

* * *

Hagen

Das war Pieter Wezeman vom Friedensforschungs-Institut SIPRI über die Schwierigkeiten, die Waffenexporte einzelner Länder richtig einzuschätzen.

Vor 14 Tagen haben wir auch über die Bemühungen der Bundeswehr berichtet, High-Tech-Systeme zu entwickeln und anzuschaffen. Da ging es zum Beispiel um 3-D-Drucker oder autonom fahrende Lastwagen. Aber die Ausrüstung der Bundeswehr mit solcher Hochtechnologie ist schwierig. Ein Grund dafür ist offenbar das Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz. Die Behörde sei nicht richtig aufgestellt, heißt es immer wieder. Was ist dran an diesen Vorwürfen? Christoph Prössl hat sich die Probleme des Beschaffungsamtes in Koblenz mal genauer angesehen.

Manuskript Christoph Prössl

Die Anzeige erschien in der Koblenzer Rhein-Zeitung unter der Rubrik-Überschrift „Stellengesuche“: „Technischer Beamter, Studium Maschinenbau, im Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) sucht wegen mangelnder Beschäftigung neuen Wirkungskreis in Vollzeit“. „Das Tätigkeitsfeld“, heißt es dort weiter, „sollte einen Bezug zur Kfz-Technik aufweisen. (Rad und Kettenfahrzeuge)“.

Die Anzeige mutet an wie ein Scherz oder wenigstens eine Provokation. Denn das Beschaffungsamt der Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren viele Umstrukturierungen erfahren und zahlreiche Stellen sind unbesetzt. Gleichzeitig stehen viele Beschaffungen an, die die Behörde ausschreiben und steuern muss. Eigentlich müssten die Mitarbeiter überarbeitet sein. Das Bundesamt wies den Vorwurf der Unterbeschäftigung zurück. Ein Sprecher sagte, ange-

sichts des Personalfehls von über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei gleichzeitig vielen neuen Beschaffungsvorhaben, sei das Amt derzeit sehr stark ausgelastet. Und ein Sprecher wies darauf hin, dass der Vorgang geprüft werde und mit dem betroffenen Mitarbeiter das Gespräch gesucht werde.

Auch die Rhein-Zeitung recherchierte, wer hinter der Anzeige steht und führte ein Gespräch mit einem 59-jährigen Mitarbeiter. Der Mann berichtete, er sitze seit einem Jahr alleine in einem Zehn-Quadratmeter-Büro - ohne Arbeit. Deshalb sei er in psychiatrischer Behandlung. Ein Einzelfall sei er nicht: Laufend würden Personen verschoben, die nicht so gelitten seien.

Einzelfall oder Beispiel für ein schlechtes Arbeitsklima? Fest steht: Im Berliner Politik-Betrieb wird oft mit dem Finger auf das Beschaffungsamt in Koblenz gezeigt und Beobachter glauben hier einen gewichtigen Grund dafür gefunden zu haben, warum Beschaffungen später kommen als geplant, teurer werden und dann auch noch kaputt sind.

Seit Jahren schon ist das BAAINBw unterbesetzt. Von rund 11.000 Dienstposten sind rund 1500 nicht besetzt. Mehrere Kommissionen haben bereits geprüft, wie die Einkaufsorganisation der Bundeswehr neu strukturiert werden sollte. Im Jahr 200 war das die Weizsäcker-Kommission, 2010 die Weise-Kommission und 2012 ein Gremium externer Sachverständiger Rüstungsexperten. Auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sieht die Notwendigkeit für eine Neustrukturierung. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD heißt es:

Zitat

„Wir werden bis Ende 2019 untersuchen, in welcher Weise die Beschaffungsorganisation der Bundeswehr an ihren Standorten in ihrer Organisationsform angepasst werden sollte.“

Das Verteidigungsministerium war da im Februar 2018 aber schon viel weiter. Eine Unternehmensberatung hatte im Auftrag des Ministeriums untersucht, welche Vorzüge eine Änderung der Rechtsform bringen könnte. Überschrift des internen Papiers: „Projekt Pfeil“. Zwei Organisationsformen untersuchten die Berater, die Umwandlung des BAAINBw in eine GmbH und in eine Anstalt des

öffentlichen Rechts. Die neuen Rechtsformen sollten gleich mehrere Vorteile bringen: die Arbeit sollte so organisiert werden können, dass die Leistung der Behörde gesteigert wird. Verantwortlichkeiten sollten klarer definiert werden. Und durch eine Loslösung von bisherigen Vergütungsstrukturen sollten fehlende Techniker und Fachkräfte einfacher rekrutiert werden.

Am Standort Koblenz, fernab von Berlin, fühlten sich aber viele Mitarbeiter nicht eingebunden in den Prozess zur Umgestaltung. Wolfram Kamm, Bundesvorsitzender des Verbandes der Beamten der Bundeswehr im März dieses Jahres:

O-Ton Kamm

„Unser Vorwurf geht in die Richtung, dass wir vermuten, dass die Vorstellungen des Ministeriums hinsichtlich der organisatorischen Veränderung in Koblenz bei der oberen Beschaffungsbehörde schon so weit fortgeschritten sind und bis zum heutigen Tage keine Information an die Beschäftigten gedrungen ist.“

Wenige Tage später besuchte von der Leyen das Beschaffungsamt und sprach mit Mitarbeitern. In den kommenden Monaten soll eine Arbeitsgruppe Reformvorschläge erarbeiten, so wie im Koalitionsvertrag formuliert. Tobias Lindner, Bundestagsabgeordneter der Grünen ist skeptisch, ob eine Privatisierung der Behörde wirklich hilfreich wäre:

O-Ton Lindner

„Ich persönlich bin sehr skeptisch, wenn ich mir so Rechtsformen wie GmbHs anschau. Wenn man zurück geht und sich die LHBW, die Bekleidungsgesellschaft anschaut, oder auch die Bundeswehr-IT. Dann ist mein Eindruck, dass man mit privatrechtlichen Formen da bisher nicht die besten Erfahrungen gemacht hat und es würde mich schon sehr wundern, warum das jetzt bei einem privatisierten Beschaffungsamt besser werden soll.“

In den vergangenen Wochen wurde bereits ausprobiert, große Beschaffungsvorhaben in Projektteams zu begleiten. Rüstungsvorhaben sollen dann nicht mehr durchs Haus wandern und von wechselnden Personen in den unterschiedlichen Abteilungen bearbeitet werden. Sondern einem großen Projekt werden Techniker und Juristen zugeordnet, die die Beschaffung von der Definition, was benötigt wird, über die Formulierung einer Ausschreibung bis zum Kaufvertrag und der Abnahme begleiten. Im Ministerium erhofft man sich dadurch eine effizientere Beschaffung, weniger Fehler, mehr Rüstung fürs Geld,

die auch funktioniert und pünktlich kommt. Im Beschaffungsamts aber heißt es: Wenn einzelne Mitarbeiter bestimmten Projekten zugeordnet werden, fehlen sie an anderer Stelle.

O-Ton Lindner

„Klar ist, dass man mit dem BAAINBw was machen muss. So, wie es momentan aufgestellt ist, vor allem mit den Personalleerständen, die es gibt, ist die Behörde nicht voll funktionsfähig.“

Tobias Lindner weiter:

O-Ton Lindner

„Das Ziel jeder Reform muss sein, dass das Beschaffungsamts seine Aufgaben erfüllen kann. Da muss man zuerst mal die Personallücken schließen, bevor man über neue Rechtsformen diskutiert. Man muss drüber reden, wie Projektmanagement vor allem bei Großprojekten abläuft. Und man muss natürlich Normen und Standards und Abläufe mal durchforsten, da gibt es einiges, was vielleicht aus der Zeit gefallen ist, andere Dinge, die sich widersprechen. Das muss man genau prüfen, was wirklich sinnvoll und notwendig ist.“

Im BAAINBw stöhnen die Mitarbeiter über den Umfang, den die Beschaffungsvorhaben mittlerweile erreicht haben. Ganze Schränke voller Aktenordner entstünden, weil bis zu einzelnen Schrauben geklärt werden soll, was die Industrie liefern muss. Mitarbeiter beschwerten sich über diese - so der Vorwurf - teils unsinnigen Anforderungen aus Berlin.

2017 schloss die Behörde 10.248 Beschaffungsverträge für die Bundeswehr. Dabei ging es um kleine Aufträge wie Nachtsichtgeräte bis zum Großgerät im Milliardenwert. Außerdem haben die Mitarbeiter des BAAINBw 2017 35 Vorlagen für größere Rüstungsprojekte für den Haushaltsausschuss des Bundestages zusammengestellt, der Vorhaben mit einem Volumen größer als 25 Millionen Euro zustimmen muss.

Auch an dieser Stelle sehen einige Mitarbeiter des Beschaffungsamtes eine Möglichkeit, die Arbeit zu vereinfachen: 25-Millionen-Euro-Vorlagen gibt es seit 1981. Damals lag die Grenze bei 50 Millionen D-Mark, wurde mit der Einführung des Euro einfach übertragen und nie angehoben. Die Bundeswehr beschafft heute deutlich mehr und die Inflation hat dafür gesorgt, dass sich die

Haushaltspolitiker des Deutschen Bundestages mit immer kleineren Vorhaben beschäftigen müssen.

In den Koalitionsverhandlungen hatte es Bestrebungen gegeben, die Grenze für die Befassung im Bundestag anzuheben - ohne Erfolg. Die Idee scheiterte an den Haushaltspolitikern, die ein machtvoll Instrument nicht aus der Hand geben wollten.

Am 1. Mai dieses Jahres trat dann Gabriele Korb ihren Dienst an der Spitze des BAaINBw an. Die Juristin ist seit 1993 in der Bundeswehrverwaltung. Bei der Übergabe der Ernennungsurkunde sagte Ursula von der Leyen, auf Gabriele Korb komme in ihrem neuen Amt eine Schlüsselrolle zu. Es sei eine große Aufgabe, für die Soldatinnen und Soldaten die bestmögliche Ausrüstung und Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Eine Ansage unter deren Druck manch einer verzweifeln könnte.

* * *

Hagen

Christoph Prössl über das Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz.

Autonome Waffensysteme, also Kampfroboter, die selbst entscheiden, ob sie auf einen Menschen schießen, kommen nicht nur in Science Fiction-Romanen vor. Die Forschung an solchen Systemen ist schon weit fortgeschritten. In den Vereinigten Staaten ist deshalb eine Debatte entbrannt, ob und wenn ja, wie solche Kampfroboter eingesetzt werden sollten. Jan Bösche berichtet.

Manuskript Jan Bösche

Paul Scharre hat Krieg gesehen. Er war in Afghanistan, mit den Spezialkräften der US-Armee. Er erinnert sich an einen Zwischenfall in den afghanischen Bergen: Sein Team war auf einem Berg gelandet, ohne großen Sichtschutz. Später kam aus einem nahen Dorf ein kleines Mädchen:

O-Ton Scharre (overvoice)

„Sie war fünf oder sechs Jahre alt, hatte ein paar Ziegen dabei. Wir hörten Radiogeräusche, sie gab unsere Position durch. Sie war jung, beobachtete uns, und schließlich verschwand sie wieder.“

Später wurden sie von Taliban angegriffen - die hatten offenbar das Mädchen geschickt, um die Amerikaner auszukundschaften. Ein kleines Mädchen, aber doch eine Bedrohung für die Sicherheit der Soldaten - für Scharre ein Beispiel, dass Krieg nicht immer eindeutig ist.

Scharre hat später im Pentagon gearbeitet und geholfen, Regeln für autonome Waffen zu entwickeln. Jetzt forscht er am "Center for a New American Security" und hat gerade ein Buch über autonome Waffen veröffentlicht. Scharre beschreibt die Herausforderung so:

O-Ton Scharre (overvoice)

„Wie können wir diese Technologie auf eine Weise verwenden, die sogar hilfreich sein könnte? Die präziser ist und damit hilft, die Zahl zivile Opfer zu reduzieren? Wie können wir gleichzeitig Menschen die Verantwortung lassen, was auf dem Schlachtfeld passiert, die moralische Verantwortung für Krieg?“

Scharre beschreibt die vielen offenen Fragen, die es rund um autonome Waffen gibt. Das fängt schon damit an, dass dieser Begriff immer wieder anders definiert wird. Manche Flugabwehrraketen sind schon heute mehr oder weniger autonom, weil sie sich ihr Ziel selbst suchen. Der nächste große Schritt sind dann Roboter, die Menschen selbstständig töten - ohne dass jemand auf den Auslöser drückt. Mehrere Länder haben dafür schon Prototypen in ihren Militär-Laboren.

Neben der Debatte, was möglich ist, gibt es längst die Debatte, was erlaubt sein sollte. Denn so grausam Krieg ist - es gibt internationale Regeln dafür, und die Sorge ist, dass autonome Kampfroboter diese Regeln sprengen. Mary Ellen O'Connell ist Rechtsprofessorin an der Universität von Notre Dame. Sie fordert neue Regeln, um den Einsatz solcher Roboter zu begrenzen:

O-Ton O'Connell (overvoice)

„Was passiert, wenn Computer über die bisherige künstliche Intelligenz hinausgehen, wirklich lernen können? Wenn Nanotechnologie dazu kommt? Oder Hacker die Entwicklungen der Militär-Entwickler auf den Kopf stellen?“

Für sie ist wichtig, dass am Ende ein Mensch über Leben und Tod entscheidet - und nicht ein autonomes System, wie ausgeklügelt es auch immer sein könnte:

O-Ton O'Connell (overvoice)

„Was genau eine autonome Waffe ist und wie menschlicher Einfluss aussehen kann, muss noch entschieden werden. Es könnte Kontrolle light sein, oder Kontrolle heavy. Die Gruppe ‚Artikel 36‘ verlangt zum Beispiel eine abgewogene, moralische Entscheidung eines Menschen bei einzelnen Angriffen.“

Diese Meinung teilen viele Experten. Entwickler von Systemen mit künstlicher Intelligenz weigern sich, ihre Forschungen für Waffensysteme zur Verfügung zu stellen. Erst kürzlich unterzeichneten 2400 Forscher aus 36 Ländern einen entsprechenden Brief. Mit dabei auch Führungskräfte von Google, Wissenschaftler am MIT und Elon Musk. O'Connell meint:

O-Ton O'Connell (overvoice)

„Fragen sie Familie und Freunde, was sie von Mörder-Robotern halten. Sie kennen die Antwort: Keiner mag das, Opposition ist weit verbreitet.“

Charles Dunlap sieht das anders. Er war früher Major der amerikanischen Luftwaffe, Militäranwalt. Jetzt ist er Rechtsprofessor an der Duke Universität. Er stellt die Frage so:

O-Ton Dunlap (overvoice)

„Fragen sie Freunde und Familie, was sie denken, wenn ihre Tochter in der Armee getötet würde, in einem Einsatz, den eine Maschine genauso effektiv und sicher hätte leisten können. Oder wenn ihre Tochter von einem feindlichen Kampfroboter getötet würde und es eine Waffe gegeben hätte, die sie hätte schützen können.“

Dunlaps Argument: Traditionelle Regeln für Kriege, wie die Genfer Konvention, hätten auch schon andere Modernisierungs-Schritte ausgehalten. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass Soldaten im Stress des Krieges immer richtige Entscheidungen treffen - es gebe viele Fehler:

O-Ton Dunlap (overvoice)

„Es mag in Zukunft unethisch und illegal sein, autonome Systeme nicht einzusetzen. Die Genfer Konvention verlangt von Kommandeuren, Kampfmethoden einzusetzen, die Zivilisten am besten schützen - und das können autonome Systeme sein.“

Man dürfe nicht vergessen: Es gebe auf der Welt böse Akteure, die keine Scheu hätten, die modernen, autonomen Waffensysteme auch einzusetzen. Russland zum Beispiel spricht offen davon, autonome Kampfroborer zu entwickeln. China hat künstliche Intelligenz zu einem Schwerpunkt erklärt - und da geht es ganz klar auch um den militärischen Einsatz. Das Pentagon hat kürzlich eine nationale Verteidigungs-Strategie veröffentlicht. Darin plant es verstärkte Investitionen in Systeme mit künstlicher Intelligenz.

Paul Scharre, der frühere Soldat und Buchautor, denkt oft an seinen Einsatz in Afghanistan. Der Vorfall mit dem kleinen Mädchen geht ihm nicht aus dem Kopf. Sie hatte die amerikanische Stellung ausgespäht, war Kundschafterin. Scharre sagt, rechtlich gebe es dafür keine Altersgrenze:

O-Ton Scharre

„Wenn man einen Roboter baut, der dem Kriegsrecht folgt - der hätte dieses kleine Mädchen erschossen. Ich denke, das wäre falsch, unmoralisch, gegen amerikanische Werte. Aber es stellt die Frage: Wann weiß ein Roboter, was ist legal, aber trotzdem nicht richtig?“

Das ist das Dilemma des Krieges. Genauso wie Soldaten werden auch Roboter Fehler machen. Und immer wieder werden Unschuldige sterben.

* * *

Hagen

Jan Bösche über ethische Probleme beim Einsatz autonomer Waffensysteme.

Zum Schluss noch mal nach Deutschland: Die Bundeswehr wirbt um Rekruten – mit Plakataktionen und im Internet. Der Grund: viele altgediente Soldaten werden in den kommenden Jahren in den Ruhestand versetzt. Aber die Bundeswehr tut sich schwer damit, geeigneten Nachwuchs zu finden. Deshalb wird im Verteidigungsministerium und im Bundestag auch über unkonventionelle Lösungen nachgedacht.

Manuskript Julia Weigelt

O-Ton Bartels

„Dieser Richtungswechsel war ziemlich scharf.“

sagt Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Bundestages, um dann fortzufahren:

O-Ton Bartels

„Und wie man momentan an den Personalzahlen sieht, ist es auch gar nicht einfach, diese Zahlen überhaupt zu halten, die mit der Reform von 2011 vorgegeben waren, 170.000 Zeit- und Berufssoldaten. In diesem Jahr hat man die Zahl jetzt endlich wieder – aber man war schon deutlich drunter.“

Bartels spricht über eines der Hauptprobleme von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: Genug Bewerber, genug Soldaten für die Bundeswehr zu bekommen. Nach jahrelangem Schrumpfkurs wächst die Truppe wieder – allerdings sehr langsam. Die Bundeswehr nimmt weiterhin an Auslandseinsätzen teil und muss zusätzlich Einheiten in Osteuropa stationieren. Die Landes- und Bündnisverteidigung ist plötzlich wieder Thema. Und die Streitkräfte sollen weiter anwachsen: auf 198.000 Soldatinnen und Soldaten innerhalb der nächsten sechs Jahre. Personaler rechnen vor: Zehn Prozent eines Jahrgangs müssten sich bei der Bundeswehr bewerben – eine illusorische Zahl. Um dieses Ziel zumindest ansatzweise zu erreichen, fährt das Verteidigungsministerium seit Jahren eine sogenannte Attraktivitätsoffensive. Es wirbt verstärkt um ältere Quereinsteiger und ausgeschiedene Zeitsoldaten, die zur Truppe zurückkehren sollen. Doch das reicht nicht. Auf der Suche nach dem fehlenden Personal hat das Ministerium nun das Pensionsalter von Berufssoldaten ins Visier genommen.

Eigentlich werden Generäle, Oberste und Sanitäts-Offiziere mit 65 Jahren pensioniert. Alle anderen Berufssoldaten mit 62 Jahren. So steht es im Soldatengesetz. Anwendung findet diese Regelung, erst mit 65 Jahren in den Ruhestand zu gehen, allerdings praktisch fast nie. Denn das Soldatengesetz sieht zusätzlich noch eine sogenannten allgemeine Altersgrenze sowie eine besondere Altersgrenze vor. Danach werden Generäle, Oberste und Sanitäts-Offiziere schon mit 62 pensioniert. Und mit sinkendem Dienstgrad sinkt auch

das Pensionierungsalter immer weiter – bis hin zur Gruppe der Berufsunteroffiziere, die schon mit 55 Jahren in Pension gehen dürfen.

Da die Truppe bis vor kurzem stetig kleiner werden sollte, hat der Dienstherr diese besondere Altersgrenzen-Regelung großzügig genutzt. Aus der Ausnahme wurde die Regel.

O-Ton Bartels

„Für Soldaten gelten deshalb besondere Altersgrenzen, weil man auch mit besonderen Belastungen rechnet, denen sie ausgesetzt sind.“

...erklärt Hans-Peter Bartels. Dazu gehören kräftezehrende Auslandseinsätze und bundesweite Versetzungen. Bis vor kurzem waren auch Überstunden im großen Stil an der Tagesordnung. Das hat sich mit der Einführung der Soldatenarbeits-Zeitverordnung vor zwei Jahren allerdings geändert. Diese begrenzt die wöchentliche Arbeitszeit auf 41 Stunden. Das könnte nun aber Konsequenzen für die Pensionierung haben:

O-Ton Bartels

„Und die Diskussion im Moment in der Truppe, die Befürchtungen, die es da gibt, gehen in die Richtung, dass es demnächst wieder eine Verschiebung aller Altersgrenzen für die unterschiedlichen Dienstgradgruppen nach oben geben wird, und vermutlich wieder ohne dass mit den Soldaten darüber verhandelt worden wäre. Ich glaube, das wäre für das Klima in der Truppe, für die Stimmung, ungünstig.“

Für künftige Berufssoldaten könnten von vornherein neue Bedingungen geschaffen werden, sagt der Wehrbeauftragte. Die derzeitigen Berufssoldaten sollten hingegen nach seiner Auffassung nur auf freiwilliger Basis länger arbeiten, ohne Zwang.

O-Ton Bartels

„Viele Soldaten würden ja auch gerne länger machen, und das muss man nutzen, aber nicht gegen ihren Willen. Und nicht nachträglich die Bedingungen verändern. Das würde ich unter Vertrauensschutz verstehen.“

Das Verteidigungsministerium hat allerdings andere Pläne. Laut Medienberichten sieht ein vertrauliches Strategieprogramm vor, das bis 2023 alle Soldaten erst mit Erreichen der allgemeinen Altersgrenze pensioniert werden sollen –

also bis zu sieben Jahre später als bislang vorgesehen. Das Ministerium teilte auf Anfrage von NDR Info mit – Zitat:

Zitat

„Wie eine, unabhängig vom Freiwilligkeitsprinzip, in den gesetzlichen Regelungen vorgesehene flexible Zurruhesetzung von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten zu gestalten ist, wird aktuell ministeriell untersucht. Die sich daraus ergebenden Anpassungen der bisherigen Praxis der Zurruhesetzung werden durch das Verteidigungsministerium frühzeitig kommuniziert werden.“

Der Wehrbeauftragte weist Pläne, die Altergrenze zu erhöhen, zurück.

O-Ton Bartels

„Nichts ist beschlossen. Im Koalitionsvertrag steht ja auch nichts dazu drin. Und der gilt bis 2021.“

Bei einer so grundsätzlichen Frage erwartet Bartels die Beteiligung des Parlaments. Dieser Forderung schließt sich auch der Bundestagsabgeordnete Tobias Linder an. Der Verteidigungsexperte der Grünen:

O-Ton Lindner

„Ich kann Frau von der Leyen nur raten, die Diskussion mit dem Verteidigungsausschuss, aber natürlich auch mit Berufsverbänden wie dem Bundeswehrverband zu suchen, bevor sie so einen umfassenden Plan, der manche Dinge grundlegend ändert, in Kraft setzt.“

Verpflichtet ist sie dazu nicht. Welche Altersgrenze angewandt wird, liegt im Ermessen des Dienstherrn.

Das Strategieprogramm zur Umsetzung der Personalstrategie der Bundeswehr sei bislang im Verteidigungsausschuss nicht umfassend erörtert worden, sagt Lindner.

O-Ton Lindner

„Bisher kennen wir die Dokumente selbst nur aus Medienberichten oder anderen Gesprächsrunden. Im Verteidigungsausschuss diskutiert man dann leider nur über Bruchstücke. Ich glaube, es wäre gut, wenn man mal über den Gesamtplan redet, weil man nur dann erkennt, ob die einzelnen Maßnahmen zueinander passen oder widersprüchlich sind.“

In der Vergangenheit sei in Parlament und Verteidigungsausschuss viel über die Ausrüstung der Truppe gesprochen worden. Nun sei es an der Zeit, auch über Personal zu sprechen. Berufssoldaten später als bisher in den Ruhestand zu entlassen – diese Idee findet der Verteidigungsexperte der Grünen allerdings grundsätzlich gut.

O-Ton Lindner

„Für mich ist nicht erklärlich, warum jemand, der über Jahre und Jahrzehnte bei der Bundeswehr Kompetenzen erworben hat, dann mit einer besonderen Altersgrenze in den Ruhestand geschickt werden muss, wenn es keine zwingenden Gründe dafür gibt. Ich glaube, man braucht Gründe, warum Leute früher in den Ruhestand gehen und nicht Gründe, warum sie normal in den Ruhestand gehen dürfen.“

In diesem Zusammenhang kann Lindner auch Kritik aus der zivilen Wirtschaft nachvollziehen. Gerüstbauer, Krankenpflegerinnen und Dachdecker haben auch körperlich anstrengende Jobs, Monteure sind ebenfalls deutschlandweit im Einsatz. Und statt mit 55 gehen sie mit 67 in Rente. Die Truppe wird älter werden, ist sich Tobias Lindner sicher. Diese Entwicklung hätten auch andere Streitkräfte durchgemacht. Es gelte, für ältere Soldaten passende Tätigkeiten zu finden – etwa im Bereich Ausbildung. Der Verteidigungsexperte der Grünen fordert das Verteidigungsministerium auf, nicht nur über eine spätere Pensionierung zu sprechen, sondern auch darüber, wie diese umgesetzt werden soll. Hauptmann a.D. Florian Kling, Sprecher des kritischen Soldatenforums Darmstädter Signal, macht auf eine ungerechte Lastenverteilung aufmerksam. Für Offiziere werde sich nicht viel ändern, wenn die besondere Altersgrenze von 62 Jahren nicht mehr angewandt werde und sie dann später als bisher in den Ruhestand gehen.

O-Ton Kling

„Aber gerade für die Berufsunteroffiziere, die bisher schon mit 55 Jahren zur Ruhe gesetzt werden konnten, da ändert sich natürlich relativ viel. Sieben Jahre länger dienen – das heißt natürlich auch, entweder sieben Jahre auf eine Beförderung warten, oder man hat den letzten Dienstgrad schon erreicht.“

Beförderungen würden sich dann erheblich verzögern, erklärt Kling.

O-Ton Kling

„Ganz oft ist es aber auch so, dass Soldaten darauf warten müssen, dass ältere Soldaten in den Ruhestand gehen, weil dann die Dienstposten frei werden, mit denen sie auch befördert werden können.“

Arbeiten die Alten länger, werden die Jungen später befördert. Der Frust würde sich also in der gesamten Truppe ausbreiten. Kling fordert in Sachen Altersgrenze Freiwilligkeit. Die Bundeswehr brauche zudem gewisse Anreize, um attraktiv zu bleiben. Die frühe Pensionierung zähle dazu. Falle diese weg, werde es noch schwieriger, qualifizierten Nachwuchs zu finden.

Dass Soldaten verhältnismäßig früh pensioniert werden, hält Hauptmann a.D. Kling für gerechtfertigt.

O-Ton Kling

„Am Ende ist der soldatische Alltag einfach deutlich härter als ein ziviles Arbeitsleben. Er findet im Auslandseinsatz, auf Übungen statt, unter harten Bedingungen. Im Ernstfall muss man auch sein eigenes Leben verteidigen und die Waffe einsetzen.“

In Sachen Altersgrenze mahnt der Sprecher des Darmstädter Signals die Verantwortlichen zu einem sensiblen Vorgehen.

O-Ton Kling

„Keiner, und eigentlich das Ministerium auch, will Soldaten, die nicht motiviert sind und die sich betrogen fühlen.“

* * *

Hagen

Julia Weigelt über Spekulationen, das Renten-Eintrittsalter für Soldaten zu erhöhen. Den Bundeswehrverband, also die Interessensvertretung der Soldaten, haben wir natürlich auch zu diesem Thema befragt. Dort wollte sich aber niemand äußern.

Damit geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu ende. Sie können sich diese Sendung wie immer auch als Podcast herunterladen, unter [ndr.de / Streitkraefte](http://ndr.de/Streitkraefte). Dort finden Sie auch das Manuskript. Am Mikrophon war Joachim Hagen.